

Thomas Welskopp

Arbeiter in Betrieb und Milieu

Studien zur Sozialgeschichte von Arbeitern und Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert

Michael J. Neufeld, *The Skilled Metalworkers of Nuremberg: Craft and Class in the Industrial Revolution*, Rutgers University Press, New Brunswick 1989, 245 S., geb., 42 \$.

Ulrich Zumdick (unter Mitarbeit von Elisabeth Kosok), *Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet. Die Belegschaft der Phoenix-Hütte in Duisburg-Laar 1853–1914* (= Industrielle Welt, Bd. 49), Klett-Cotta, Stuttgart 1990, 580 S., geb., 178 DM.

Wolfgang Zollitsch, *Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 88), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, 320 S., kart., 64 DM.

Stefan Goch, *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchens 1848–1975* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 91), Droste, Düsseldorf, 626 S., geb., 148 DM.

Zumindest in Ansätzen hat sich seit einigen Jahren die Forschungsperspektive in der Arbeitergeschichte auf interessante Weise verschoben: Nach der Abkehr vieler Arbeiterhistoriker von einer nach wie vor einflußreichen organisationsbezogenen Arbeitergeschichte, die sich trotz mancher Tendenzen zur sozialhistorischen Erweiterung ein immer noch viel zu schmales »soziales Fundament« geschaffen hat, dominierte in den 1980er Jahren der Rückzug in die kleinräumigen, oft apolitischen und nicht selten diffus kulturalistischen Reservate, in denen die Alltagsgeschichte das Bild des »eigensinnigen«, *per se* widerständigen und in facettenreichen Subkulturen eingebundenen »kleinen Mannes« pastellfarben ausmalte. In letzter Zeit dagegen ist die Sphäre des organisierten kollektiven Handelns – sei es in Gewerkschaften oder Parteien – wieder verstärkt zum Fluchtpunkt von Arbeiterstudien geworden, so wie dort überhaupt die Einbindung der untersuchten sozialen Gruppen in gesellschaftliche Zusammenhänge an Gewicht zurückgewonnen hat.

Das weite Ausgreifen in die vororganisatorischen Räume des Betriebes und des außerbetrieblichen Milieus hat sehr präzise Einsichten in die Wechselbeziehungen zwischen ökonomischer und technischer Entwicklung, sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz und jenseits der Werkstore sowie den Bedingungen, Formen und Konsequenzen verschiedener Muster der Organisation eröffnet. Es hat jedoch auch die Sensibilität dafür geschärft, daß zentrale Aussagen solcher Analysen mit einflußreichen gesamtgesellschaftlichen Deutungen der »Klassenbildung« und der Entstehung der Arbeiterbewegung kollidieren: Entgegen der dieser Interpretation zugrundeliegenden Vorstellung eines historischen Trends zur sozialen »Homogenisierung«, die erst allmählich die Basis für eine »klassenförmige« Organisation der Arbeiter auf der Grundlage der Lohnarbeit geschaffen habe, deuten sie an, daß

eine im Wortsinne *soziale* Arbeitergeschichte eine ganze Bandbreite milieuartiger Verdichtungen und Konstellationen betrieblicher und außerbetrieblicher Beziehungsnetze zutage fördern kann, die jeweils für begrenzte Gruppen, Regionen und Zeiträume auf spezifische Weise die Fähigkeit zu Organisation und kollektivem Handeln, die Form und Durchsetzungsfähigkeit von Organisationsmustern und die komplexen Beziehungen zwischen Basis und Institutionen bestimmten.

Diese neueren Ansätze sind bislang noch kaum systematisiert worden, geschweige denn, daß im Lichte ihrer Forschungsergebnisse eine methodische und theoretische Neureflexion eingesetzt hätte. Die Revitalisierung einer solchen Debatte über eine moderne Arbeitergeschichte drängt sich aber zunehmend auf: Sie könnte im typisierenden Verfahren den Blick für historische Variationen und Alternativen schärfen – allesamt konkrete Formen von Arbeits- und industriellen Beziehungen, von Mustern außerbetrieblicher Interaktionen und Deutungsmustern – die zwar nicht ohne Bezug auf solche gesamtgesellschaftlichen Strukturen zu erklären sind wie Industrialisierung, Lohnarbeit und Klassenstruktur, deren spezifische Prägekraft für soziale Phänomene aber im konkreten Muster ihrer Konstellation begründet liegt. Sie könnte die provokante und anregende These aufgreifen, daß Arbeiterhistoriker – wie Sozialhistoriker im allgemeinen – akzeptieren müssen, daß sich überhaupt solche gesamtgesellschaftlichen Strukturprinzipien nie anders und nicht »reiner« manifestieren als in diesen konkreten Beziehungsgefügen.

Anders als eine Erweiterung der traditionellen Organisationsgeschichte kann eine solche Arbeitergeschichte »von der Basis her« ein ganzes Spektrum von Ausprägungen erklären und mit gesellschaftlichen Strukturen in Beziehung setzen, ohne sie vorschnell auf Abweichungen von einem konstruierten »Normaltrend« der »Homogenisierung« und linearen »Klassenbildung« zu verengen. Eine so verstandene Arbeitergeschichte könnte sich zu einer sozialen Geschichte einer der wichtigsten Sozialgruppen in industrialisierenden und industriellen Gesellschaften erweitern und auf diesem Wege auch zu einer breiten, modernen Sozialhistorie in vergleichender, gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive beitragen.

Auf unterschiedliche Weise verbinden Elemente und Grundzüge einer solchen Perspektive drei der vier Studien, die im folgenden vorgestellt werden. Sie macht die Handwerker und Metallarbeiter in Nürnberg, einer Hochburg der Sozialdemokratie und der frühen deutschen Gewerkschaftsbewegung, vergleichbar mit den Hüttenarbeitern des Ruhrgebiets, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts unfähig zur kollektiven Organisation waren und Gewerkschaften und Parteien fern blieben. Sie ordnet auch die Industriearbeiter verschiedener Branchen in diesen Kontext ein, die unter den Bedingungen der ökonomischen Krise und im repressiven System des Nationalsozialismus ihren organisatorischen Rückhalt und die Möglichkeit kollektiver Gegenwehr verloren, ohne aber Optionen der betrieblichen Interessenvertretung und Handlungsfähigkeit generell aufzugeben. Von einem durchaus traditionellen organisationsgeschichtlichen Ansatz aus bietet dagegen die vierte Studie eine im zeitlichen Längsschnitt angelegte Interpretation der »Sozialdemokratisierung« des Ruhrgebiets. In Kontrast zu den anderen Werken gibt sie die Möglichkeit auszuloten, wie stark sich heuristische Tiefenschärfe und Erklärungskraft auch einer im Kern organisationsbezogenen Analyse durch eine methodisch anspruchsvolle Erweiterung steigern lassen.

I

Michael J. Neufelds Studie über die Metallarbeiter Nürnbergs zwischen 1835 und 1905 behandelt die Rolle qualifizierter Handarbeit im Übergang vom zünftigen Handwerk zur Kommerzialisierung handwerklicher Produktionsbeziehungen und zur allmählichen In-

dustrialisierung einiger metallverarbeitender Branchen. Neufeld analysiert die Sozialgeschichte der Nürnberger Metallhandwerke und die Geschichte sozialer Bewegungen in ihrem Umfeld durchaus gleichgewichtig und in ihren wechselseitigen Beziehungen. Das erlaubt ihm, wie auch das Konzept des »gelernten Arbeiters«, das Handwerksgesellen und Metallarbeiter im industriellen Betrieb gleichermaßen als Typen qualifizierter Arbeiter in einem Kontinuum von sozialen Produktionszusammenhängen und damit in ihren verschiedenen historischen Übergängen und Wandlungen erfaßt, die Frage nach Kontinuitäten und Brüchen im Prozeß der Industrialisierung differenzierter zu stellen als bisher. Anders als die enge und homogene Vorstellung von einer »handwerklichen Phase« der Arbeiterbewegung bezieht dieser Ansatz die höchst unterschiedliche Entwicklung einer Bandbreite von Handwerksbranchen in die Analyse ein, die auch die Organisationsmöglichkeiten, -fähigkeiten und -formen ihrer Arbeiter entscheidend, aber eben nicht in nur einer Richtung prägte. Die Arbeit ist daher als Beitrag zu der Debatte einzuordnen, die sich im Umfeld der Untersuchungen von Christiane Eisenberg und Rudolf Boch entwickelt hat.¹ Sein Konzept fordert die in der deutschen Arbeitergeschichte oft nicht angemessen berücksichtigte Unterscheidung zwischen kleinbetrieblicher, handwerklicher Produktionsweise und dem sozialen System des alten Handwerks, das sich als »Ensemble von Arbeits- und Lebensformen, von Bräuchen und Normen von genossenschaftlichen Sozialstrukturen und spezifischen Konfliktformen im Rahmen rechtlich fixierter und traditional legitimierter Muster sozialer Ungleichheit« um diese Produktionsform organisiert hatte.² Es ermöglicht auch, die in Deutschland selten gestellte Frage nach der »Arbeiteraristokratie« aus ihrem spezifisch britischen Kontext herauszulösen und auch für die deutsche Entwicklung zu verfolgen: als Frage nach Bedingungen, unter denen Arbeitergruppen im Zuge der Entwicklung einen außergewöhnlichen Grad an Einfluß auf Arbeitsbeziehungen und -bedingungen im Betrieb erwerben und erhalten konnten. Im Unterschied zum Konzept der »Arbeiteraristokratie« erscheinen gelernte Arbeiter hier weder pauschal als »conservative defenders of their own self-interest or craft traditions« noch als homogene Avantgarde des Sozialismus (S. XI). Vielmehr fordere die Einsicht, daß »skilled craftsmen« »at the center of all labor movements – conservative or radical – in the nineteenth and early twentieth century« standen, eine typisierende Analyse in vergleichender Absicht.

Nürnberg erhielt auch unter bayerischer Herrschaft das exklusive Zunftsystem des Handwerks bis weit in die 1860er Jahre aufrecht, das in Norddeutschland längst ausgehöhlt oder zerbrochen war. Deshalb dominierte hier auch länger als anderswo ein Produktionssystem, in dem Fabrikationszweige extrem eng definiert und voneinander scharf geschieden waren, sich eine verzweigte Arbeitsteilung zwischen den Handwerksbranchen entwickelte, nicht aber innerhalb der Betriebe, und das gerade deshalb in zunehmende Abhängigkeit von Verlagskapitalisten und Handelshäusern geraten war, die die Vermittlung zwischen der großen Zahl kleiner und kleinster Handwerksbetriebe übernahmen (S. 12–16). Der Unterschied zwischen der Situation in Nürnberg und in anderen, vor allem norddeutschen Städten war graduell, nicht substantiell: Im allgemeinen hemmte die Zunftstruktur die Expansion von Handwerksbetrieben in der Stadt, weil sie die Beschäftigung von Meistern durch Meister und die Entwicklung vom mitarbeitenden Meister zum Unternehmer ebenso erschwerte wie die Einführung technischer und organisatorischer Innovationen. Sie führte dazu, daß sich im deutschen städtischen Handwerk die soziale Linie zwischen Mei-

1 *Christiane Eisenberg*, Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich, Göttingen 1986; *R. Boch*, Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914, Göttingen 1985.

2 *Jürgen Kocka*, Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, München 1987, S. 9.

stern und Gesellen stärker durchzog als zwischen handwerklichen Produzenten (kleinen Meistern und Gesellen) und Kapitalbesitzern. Und sie bestimmte schließlich wesentlich die Formen, in denen zunächst die Kommerzialisierung, dann auch die frühe Industrialisierung die Betriebs- und Unternehmensstrukturen der Stadt prägte.

Die frühe Ansiedlung von Großunternehmen des Maschinenbaus außerhalb des Zunftsystems, die den lokalen Arbeitsmarkt wesentlich beeinflussten; die späte, dann aber starke Diversifizierung des Handwerks in prosperierende, expandierende Betriebe und marginalisierte Alleinmeistereien; das Nebeneinander von Branchen, die stärker von der Industrialisierung profitierten als sie von neuer Konkurrenz bedroht wurden und solchen, deren Existenz gefährdet war – das waren sozial differenzierende Folgen der Zunftstruktur im Prozeß der Kommerzialisierung und Industrialisierung, die die Handlungsbedingungen und -optionen der Nürnberger Metallhandwerker in höchst unterschiedlicher Form bestimmten. Die Überfüllung der Handwerke und die Nutzung der Zunftrechte durch die Meister als Instrument sozialer Abschließung gegenüber den Gesellen führte zur Vertiefung des Grabens zwischen Meistern und Gesellen, zur Abnahme der Wahrscheinlichkeit, jemals Meister werden zu können und zum Zusammenbruch ständischer Orientierungen und Loyalitäten. Ein anderes Erbe des Zunftsystems macht Neufeld – wie auch schon Eisenberg – dafür verantwortlich, daß in Deutschland, im Unterschied etwa zu England und den USA, keine schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung von unten, von der »shopfloor«-Ebene des Betriebs her, entstehen konnte. Die Zerschlagung der Gesellenbruderschaften nahm den Handwerkern die Möglichkeit, Institutionen und soziale Ressourcen als organisatorischen »Kristallisationskern« früher Gewerkschaften zu nutzen. Obrigkeitliche Repression im Gefolge der Revolutionen schwächte die Organisationsfähigkeit zusätzlich und verband sich mit der strengen disziplinarischen Kontrolle durch die Meister in einer Betriebsstruktur, deren Arbeitsorganisation wenig Autonomie am Arbeitsplatz zuließ und damit kollektive Arbeitsplatzaktionen weitgehend verhinderte (S. 35–71). Gerade diese »shopfloor culture« und Basisaktionen aber waren in England und den USA die Basis vieler früher Gewerkschaftsbewegungen.³

So erwies sich die radikale Politisierung der Metallarbeiter und ihre frühe Wendung zum Sozialismus der »Eisenacher« Richtung Bebels und Liebknechts als in den außerbetrieblichen Bereich kanalisierte Form von Protest gegen die Konsequenzen der Zerstörung handwerklicher Sozialstrukturen und Mobilitätschancen unter den verschärfenden Bedingungen staatlicher Repression und der Ausgrenzungspolitik elitärer liberaler Stadtregierungen. Die Kontinuität handwerklichen, auf den Wert der eigenen Qualifikation gründenden Selbstbewußtseins im Prozeß des Verlustes ständischer Sicherheiten wurde damit zur Basis für die Rezeption sozialdemokratischer Deutungsmuster und Vorstellungen einer alternativen, gerechten Gesellschaftsordnung. Das sozialdemokratische Modell einer branchenübergreifenden Metallarbeitergewerkschaft aber, die Funktionen der alten Gesellenbruderschaften – Versicherungen, Wanderunterstützung – mit der Zielsetzung verbinden sollte, als »Schule des Sozialismus« zu dienen, erwies sich gerade wegen der fehlenden Konzeption betrieblicher Organisation und Interessenvertretung als wenig attraktive »Kopfgeburt«. »Electoral socialism« entwickelte sich weitgehend unabhängig von der erst in der Hochkonjunktur nach 1870 entstehenden Gewerkschaftsbewegung, die sich entlang beruflicher Linien organisierte und sich in unterschiedlichem Maße gegenüber Ungelernten und Frauen abschloß (S. 86 ff.).

³ Vgl. B. Laurie, *Artisans into Workers. Labor in Nineteenth-Century America*, New York 1989; S. Wilentz, *Chants Democratic. New York City and the Rise of the American Working Class, 1788–1850*, New York 1984.

Neufeld zeichnet für die Zeit nach dem Rückschlag, den die Gründerkrise für die Bewegung bedeutete, drei Typen des Verhältnisses von gelernten Metallarbeitern zu Gewerkschaften nach: In Branchen, in denen diese Arbeiter geringe Arbeitsplatz- und Marktmacht besaßen, war ihr kollektives Selbstbewußtsein als »craftsmen« immerhin eine wichtige soziale Ressource für eine berufsgewerkschaftliche Organisation. Mangelnde Kontrolle über Arbeitsbedingungen und Arbeitsmarkt verhinderte elitäre Exklusivität. Aber man versuchte, die Identität des Berufs zu erhalten, indem man Ungelernte und Frauen in eigenen, »satellitenartigen« Gewerkschaften organisierte (S. 116 f.). Einige Berufe wie die Eisenformer und Goldschläger dagegen besaßen diesen herausgehobenen Grad an Kontrolle über die Zahl und Rekrutierung von Lehrlingen, über Stücklohn und Arbeitsbedingungen. Sie organisierten sich erst, als ihre »vorgewerkschaftlichen«, informellen Mechanismen der Interessenvertretung an Wirksamkeit einzubüßen drohten. Sie schlossen sich später zusammen als andere Berufe, und anders als diese formierten sie »klassische« exklusive »craft unions«, Berufsgewerkschaften, die ihre Arbeitsmarktkontrollmechanismen nun auf eine überbetriebliche Ebene hoben und durch gewerkschaftliche Organisationsmacht absicherten. Die Metallarbeiter der großen Maschinenbauunternehmen dagegen waren lange Zeit nicht in der Lage, gegen den Widerstand dieses übermächtigen Gegners über punktuelle Streiks hinaus dauerhafte Organisationen zu etablieren (S. 110–120).

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband (DMV), nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1891 gegründet, war denn auch eher eine »Amalgamation« mehr oder weniger exklusiver Berufsverbände als eine Industriegewerkschaft. Die Berufsgewerkschaften erhielten als Mitglieder des DMV in einem System von »Fachvereinen« eine Quasi-Selbständigkeit aufrecht. Auf lokaler Ebene existierte zunächst keine berufsübergreifende, koordinierende Institution. Die Rhetorik der Solidarität mit anderen Berufszweigen, Ungelernten und Frauen begleitete eine weitgehend berufsegoistische und elitäre Praxis. Erst in den Streikwellen der Jahrhundertwende erstarkten zentrale Organisationen des DMV, die »Allgemeinen Zahlstellen«, die auch erste hauptberufliche Funktionäre einstellten. Die allmähliche Zentralisierung auf Kosten der Fachvereine war eine direkte Folge zunehmender Organisationsmacht dieser Institutionen, ihrer Monopolisierung der Kontrolle über Unterstützungs- und Streikgelder. Ein Fachverein nach dem anderen ging in der »Allgemeinen Zahlstelle« auf, spätestens nach dem mehrfachen, ruinösen Scheitern unabhängig durchgeführter Arbeitskämpfe. Die bis 1905 fortgeschrittene Entwicklung des DMV zum Industrieverband war damit ein Prozeß der Stärkung zentraler Organisationen, der Zusammenfassung von Entscheidungsmacht über gewerkschaftliche Strategien und bedeutete keineswegs die Aufgabe der Berufsorientierung ihrer Mitglieder oder das Verwischen berufsgewerkschaftlicher Linien an der Basis. Der Zuwachs an Ressourcen aber, der mit dieser z. T. in harten Konflikten »von oben« durchgesetzten Zentralisierung einherging, machte den DMV zu einer überaus schlagkräftigen Organisation, deren Erfolge ihre reformistische Politik und die zunehmende Immunsierung der Gewerkschaftsführung von der Basis legitimierte. Seit 1903 gewann der DMV mit dem Abschluß erster Tarifverträge allmählich auch bei Unternehmern seine Anerkennung als Arbeitervertretung. Und mit der Einrichtung eines »Werksvertrauensmänner«-Systems seit der Jahrhundertwende gelang der Einbruch auch in die Belegschaften der großen Metall- und Elektrounternehmen. Hier bildeten sich, neben der fortexistierenden berufsverbandlichen Grundstruktur an der Basis vieler Branchen, rudimentäre Ansätze moderner industriegewerkschaftlicher Organisationsstrukturen heraus, deren Charakteristika, starke zentrale, überbetriebliche Institutionen und ein basisnahes System betrieblicher Interessenvertretung, bis heute als typische Form der gewerkschaftlichen Organisation arbeitsteiliger industrieller Großbetriebe gelten können.

Neufelds knappe Interpretation ist ein exzellentes Beispiel innovativer Arbeitergeschichte. Sie zeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland sich in ihren Entstehungsbedingungen, Formen und schließlich in ihren Konsequenzen von britischen und

amerikanischen Entwicklungen unterschied, nicht aber in ihrer sozialen Basis und ihrer Orientierung an Qualifikation und »craft«. Berufsgewerkschaftliche Strukturen fehlten hier keineswegs, konnten sich jedoch nur in wenigen Branchen auf die informelle »shopfloor culture« stützen, die in England und den USA zur Basis vieler Berufsverbände und ihres lockeren, syndikalistischen Gefüges wurden. Neufeld zeigt, daß die häufig gestellte Frage nach der »handwerklichen Tradition« der deutschen Arbeiterbewegung höchst verschiedenartige Phänomene ineingesetzt hat, die auseinandergehalten werden müssen, um das Verhältnis von Kontinuität und Bruch im Industrialisierungsprozeß adäquat zu bestimmen: 1. die restriktiven Handlungsbedingungen in einem System zünftiger Reststrukturen, 2. die Arbeitsmarktmacht und Kontrolle über Arbeitsbedingungen in einigen handwerklichen, aber auch industriellen Formen des Arbeitsprozesses, und 3. das kollektive Selbstbewußtsein gelernter Arbeiter in handwerklichen, aber später auch großbetrieblichen Produktionszusammenhängen, das zur entscheidenden sozialen Ressource gegenseitiger Verständigung und Organisationsfähigkeit wurde. Auch die Umfunktionierung handwerklicher Institutionen zu gewerkschaftlichen Organisationsformen hatte in der Regel weniger mit inhaltlichen Traditionen zu tun als mit der pragmatischen Nutzung von Unterstützungseinrichtungen unter veränderten Bedingungen. Dafür gelingt es Neufeld jedoch, die Funktion von Traditionen in handwerklich geprägten Deutungsmustern zu identifizieren, die Handwerkskritik, Kapitalismuskritik und Protest gegen politische Repression mit sozialistischen Ideologieelementen verbanden und damit gerade die soziale Landschaft des Handwerks im Prozeß des Wandels zum Nährboden der deutschen Sozialdemokratie machten.

Diese differenzierten und weiterführenden Ergebnisse sprengen aber Neufelds eigenes theoretisches Konzept einer »Dialektik von Klassen- und Berufsbewußtsein«. Dieses dem Modell der »Klassenbildung« entlehnte Konzept erweist sich als viel zu eng und schematisch, um die Typenvielfalt und Komplexität der Beziehungsgeflechte zwischen verschiedenen Arbeitergruppen und Organisationsformen zu erklären. Neufelds Interpretation führt ja gerade überdeutlich vor Augen, daß sich Basisprozesse und Organisationsformen nicht auf »Bewußtseinsphänomene« reduzieren lassen. Die Zentralisierung des DMV, um nur das augenfälligste Beispiel zu nennen, war ein Prozeß auf der organisatorischen Ebene und hatte viel mit Macht und Ressourcen zu tun, nur wenig aber mit dem Idealbild einer über alle Berufs- und Qualifikationsgrenzen vereinigten Arbeiterklasse. So fallen gerade viele resümierende Passagen hinter die Fülle von Einsichten zurück, die sich in den empirischen Teilen aufdrängen. Neufelds Studie zeigt damit – wie viele andere auch – die zunehmende Notwendigkeit einer umfassenden theoretischen Diskussion und Reorientierung in der modernen Arbeitergeschichte. Auch durch einen expliziten internationalen Vergleich hätte die Interpretation nur gewinnen können, wie Christiane Eisenbergs Arbeit bewiesen hat. Hier hätte sich z. B. die Geschichte der amerikanischen International Association of Machinists angeboten, die mit der Verschärfung ihrer berufsgewerkschaftlichen Abschottung gerade den entgegengesetzten Weg zum DMV beschrift und letztlich am entschlossenen Widerstand der Metallunternehmer scheiterte.⁴ Diese Defizite wiegen aber letztlich gering gegenüber der innovativen Anlage der Arbeit, die an keiner Stelle die komplizierte Rekonstruktion der Wechselbeziehungen zwischen Betrieb, außerbetrieblicher Lebenswelt und organisatorisch-politischer Sphäre zugunsten einer selbstgenügsamen »Organisationsgeschichte« aufgibt.

⁴ Vgl. David Montgomery, *The Fall of the House of Labor. The Workplace, the State and American Labor Activism, 1865–1925*, Cambridge 1987, bes. Kapitel 3–5.

II

Ulrich Zumdicks Untersuchung über die Hüttenarbeiter der Phoenix-Werke (Duisburg-Laar) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert ist in vielerlei Hinsicht eine Pionierstudie. Die Arbeit, die einen von Elisabeth Kosok selbständig erarbeiteten Teil über Freizeit und Vereinswesen in den Eisen- und Stahlarbeitergemeinden enthält, ist eine sozialhistorische Tiefenanalyse der Hüttenarbeiterschaft im Betrieb und in ihren außerbetrieblichen Lebenszusammenhängen. Der Bereich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation dieser Arbeitergruppe dagegen steht, anders als bei Neufeld, aus naheliegenden Gründen nicht im Zentrum der Darstellung. Ihre im Kontrast zu den Bergarbeitern in ihrer unmittelbaren Umgebung auffällige Unfähigkeit zu kollektiver Aktion, ihre Abstinenz von Streiks und gewerkschaftlicher Organisation und ihre Resistenz gegen sozialdemokratische Agitation ist zwar Fluchtpunkt der Argumentation und ein Phänomen, zu dessen Erklärung die Studie beiträgt. Dieser Argumentationsstrang verengt jedoch nicht die breite Perspektive, aus der Zumdick und Kosok die facettenreiche Rekonstruktion inner- und außerbetrieblicher Aspekte eines eigenständigen Hüttenarbeitermilieus unternehmen, dessen Existenz die wenigen Arbeiterstudien bestritten haben, in denen die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie – zudem in der Regel nur am Rande – zum Thema sozialgeschichtlicher Forschung geworden sind.⁵ Die Distanz zu Organisationen der Arbeiterbewegung mag die bisherige Vernachlässigung der Eisen- und Stahlarbeiter in der Arbeitergeschichte zu einem guten Teil erklären, die Zumdicks Analyse zu einer Pionierleistung macht. Zumdick erschließt die Geschichte einer sozialen Gruppe, die Arbeiterhistorikern noch vor kurzem als »geschichtsloses Proletariat« (Eckhard Brockhaus) galt. Die Arbeit zeigt aber auch, daß die fast zwangsläufige Konzentration auf die Routine in Betrieb und Milieu wertvolle Einsichten in betriebliche Verhältnisse, die wechselseitige Beeinflussung von unternehmerischer Arbeiterpolitik und dem Verhalten der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt sowie den Zusammenhang zwischen Betrieb und der Lebenswelt außerhalb der Werkstore eröffnet, die auch in der Organisationsperspektive methodisch weiterführend sind.

In einem ausführlichen (zu ausführlichen?) einleitenden Teil skizziert Zumdick die industrielle Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet und der Phoenix-Hütte sowie die demographische und sozialstrukturelle Entwicklung in den umliegenden Industriegemeinden (S. 35–137). Die für das Ruhrgebiet typische Beziehung zwischen schneller Expansion der Hüttenindustrie seit den 1850er Jahren und der Umwandlung dörflicher Regionen zu einem Netz von Industriegemeinden, die zumeist von wenigen schwerindustriellen Arbeitgebern dominiert wurden, läßt sich am Beispiel des Phoenix und seines Umlandes deutlich nachweisen.

In einem zweiten Teil (S. 141–265) beschreibt Zumdick Arbeitsprozesse, Unfall- und Lohnentwicklung in der Hüttenindustrie. Zudem schildert ein Kapitel die beengten Wohnverhältnisse in den überfüllten Industriegemeinden, in denen hohe Mieten und ein unzureichend schnell dem Bedarf folgendes Angebot an Wohnraum, das ein zurückhaltender Werkwohnungsbau anders als im Bergbau nur wenig entlastete, die Eisen- und Stahlarbeiter ähnlich stark in homogenen Vierteln zusammendrängte wie dies für die Bergarbeitergemeinden der Emscherzone bekannt ist. Schlafgängerwesen und »halboffene« Familienstruktur waren ein Charakteristikum auch des Stahlarbeitermilieus. Die Chancen einer detaillierten Rekonstruktion konkreter industrieller Arbeitsprozesse und der betrieblichen Arbeits- und Sozialbeziehungen für eine Arbeitergeschichte, die den Betrieb als Handlungsfeld, als Arbeits- und Machtssystem, und nicht nur als »Lagefaktor« und Vorbedingung für Organisationsverhalten betrachtet, werden in den ersten beiden Kapiteln dieses

⁵ Vgl. v. a. David Crew, Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt, Frankfurt 1980; B. Moore, Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt 1984.

Teils deutlich, ohne daß ein solcher Anspruch tatsächlich systematisch eingelöst wird. Sehr ausführlich ist die Beschreibung der Arbeitsprozesse am Hochofen auf dem Stand der 1860er Jahre, während die weitere Entwicklung bis zur Jahrhundertwende nur angedeutet wird. Ähnliches gilt für die Formen der Arbeit und Zusammenarbeit in Puddel-, Schweiß- und Walzwerken und ihren Veränderungen im Übergang von der Schweißeisen- zur Flußstahlerzeugung auf der Basis der neuen Massenproduktionsverfahren in Bessemer-, Thomas- und Siemens-Martin-Stahlwerken. Es ist sicherlich auch der Sperrigkeit des technisch komplexen Gegenstandes und der Tatsache, daß der Schwerpunkt der Arbeit nicht auf den betrieblichen Arbeitsbeziehungen liegt, anzulasten, wenn Zumdick allzu bereitwillig den selbstbewußten Bewertungen zeitgenössischer Ingenieurliteratur folgt und sie mit der in der Arbeitergeschichte tief eingewurzelten, schematischen Vorstellung einer linearen Dequalifikation der Arbeitskraft im Prozeß der industriellen Entwicklung verbindet. Diese Kritik betrifft weniger die differenzierten Ansätze zu einer Beschreibung der Arbeits- und Kooperationsbeziehungen und ihrer Auswirkungen auf das betriebliche Lohngefüge, sondern vor allem die mangelnde Konsequenz, diese vielversprechende Rekonstruktion gleichgewichtig und systematisch über die gesamte Untersuchungsperiode durchzuhalten und mit anderen Bereichen der Analyse in Beziehung zu setzen.

Das Lohnkapital kennzeichnet die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets als Hochlohnbranche, in der auch für ungelernete, allerdings körperlich stark belastende und im Prozeß der Produktion besonders wichtige Arbeiten Spitzenlöhne gezahlt wurden. Hohe Löhne waren auch Kompensation für überlange Arbeitszeiten und höchst unfallträchtige Tätigkeiten. Trotzdem erreichten die durchschnittlichen Reallöhne, die Zumdick auf methodisch umsichtige und anspruchsvolle Weise ermittelt, erst Mitte der 1890er Jahre wieder die Höhe des Gründerbooms nach 1870 und ermöglichten erst dann der typischen Stahlarbeiterfamilie ein einigermaßen auskömmliches Leben. Zudem verdeckt die Konstruktion des Reallohns, wie Zumdick zurecht betont, die stark ausgeprägte, nur partiell nivellierte Lohnhierarchie und die z. T. extremen konjunkturellen, individuellen und lebenszyklischen Lohnschwankungen.

Auf der Basis einer quantitativen Auswertung von Arbeiterstammrollen entwickelt Zumdick im folgenden Teil (S. 269–356) das Kernstück seiner Argumentation. Die Arbeiterpolitik des Unternehmens verknüpfte Entlohnungsformen, Arbeitsmarktstrategien und betriebliche Sozialeinrichtungen zu einer typisch schwerindustriellen Frühform personal-Management unter den Bedingungen hoher Zuwanderungszahlen unqualifizierter Arbeitskräfte und extremer Fluktuation. Während die schnelle Durchsetzung des industriellen Leistungslohns damit zum »Hauptinstrument industrieller Leistungs politik« wurde, trug eine dezidierte »Stammarbeiterpolitik« zur Stabilität einer auf den wichtigsten Positionen eingearbeiteten Belegschaft bei. Indem die Phoenix-Manager langjährige Betriebszugehörigkeit durch weitgehende Sicherheit vor Kündigungen prämierten und Loyalität mit dem Zugang zu weiteren betrieblichen Sozialleistungen belohnten, erhielten sie durch diese sehr vermittelte Form der Arbeitsmarktpolitik das komplexe informelle Rekrutierungs- und Qualifizierungssystem aufrecht, das sich auf direktere Weise noch gar nicht recht steuern ließ. Zumdick betont zurecht, daß diese Arbeiterpolitik mit dem kompromißlosen »Herr-im-Hause«-Standpunkt der Ruhrindustriellen untrennbar verbunden war und interpretiert sie als nüchterne, moderne, marktkonforme Form der Ausgestaltung betrieblicher Sozialbeziehungen, die ein starkes Machtungleichgewicht zwischen dem starken Unternehmen und Arbeitern kennzeichnete, die unfähig waren, auf ihre Arbeitsbedingungen kollektiv Einfluß zu nehmen. Diese Ergebnisse stellen die bislang einflußreiche Bewertung betrieblicher Sozialpolitik als vormoderne, vorliberale Herrschaftstechnik und als paternalistischen Aspekt eines deutschen »Sonderwegs« zurecht in Frage.

Die Auswertung der Stammrollen zeigt dagegen, daß sich unternehmerische Strategie und tatsächliches Arbeiterverhalten nur in Grenzen deckten. Die Stammarbeiterschaft war

nicht pauschal eine funktionale Elite, sondern sie bestand in erster Linie aus den älteren, seßhaften, verheirateten Arbeitern, unabhängig von ihrer Position im Arbeitsprozeß. Während der schnelle, häufige Wechsel des Arbeitsplatzes für die jungen, hochmobilen Arbeiter die Anpassung an die Industrie erleichterte und auch die Suche nach einer Position darstellte, auf der man sich einrichten konnte, die erträglich war und Aufstiegschancen verhielt, bedeuteten die hohen Fluktuationsraten der Jungen die Absicherung der älteren Arbeiter, die im Betrieb verbleiben wollten. Die Stabilität der Stammarbeiter erlaubte es dem Unternehmen, die Fluktuation der Randbelegschaft zu tolerieren. Umgekehrt hielt die Fluktuation in der Regel die Stammebelegschaft klein und verhinderte eine stärker an Effizienzkriterien orientierte Definition des Stammarbeiterstatus. So verlief zwischen mobilen Arbeitern und älteren, nicht mehr mobilen Stammarbeitern eine Generationengrenze, und Zumdick bewertet den kollektiven Effekt dieser stets individuellen Formen des Mobilitätsverhaltens als informellen »Generationenvertrag«, als rationalen Weg der Anpassung an ein System der Beschäftigung, auf das man auf andere Weise kaum Einfluß besaß (S. 356).

Elisabeth Kosoks Analyse des Freizeitverhaltens in den Hüttengemeinden (S. 357–478) zeigt die Verschränkung betrieblicher Macht und staatlicher Herrschaft. Die restriktive Disziplinarpolitik der Unternehmen fand in der kommunalen und staatlichen Politik öffentlicher Verhaltenskontrolle und »behördlich verordneter Fest- und Feierabstinenz« ihre Fortsetzung auch außerhalb der Werkstore. Trotzdem – oder gerade deshalb – entwickelte sich im Ruhrgebiet ein reichhaltiges Vereinswesen, gleichermaßen als Instrument der Kompensation von Zumutungen und Belastungen der Arbeitswelt und als Form der Selbstbehauptung in den engen Grenzen, die Industrie und Staat zogen. Feiern und Freizeit waren elementare Bedürfnisse in einem »augenblicksorientierten Lebensstil«, der die Überbeanspruchung der schwerindustriellen Arbeit bewältigen half. In diesem Spektrum von sozial teilweise gemischten Freizeit- und Selbsthilfevereinen, die vor allem im katholischen Milieu Strukturen eines solidarischen Netzwerks schufen, waren die Gewerkschaften in der Verfassung, in der sie sich vor dem Ersten Weltkrieg in den Stahlarbeitergemeinden präsentierten, lediglich Organisationsangebote unter anderen. Ohne ein wirkungsvolles Konzept betrieblicher Interessenvertretung und der festgefügtten Arbeitgeberfront an der Ruhr organisatorisch und politisch eindeutig unterlegen erwiesen sie sich lange Zeit als wenig attraktiv für die Hüttenarbeiter, vor allem angesichts des Risikos betrieblicher Repressalien, die mit der gewerkschaftlichen Betätigung verbunden waren.

Der besondere Wert dieses Buches liegt nicht nur darin, die Geschichte einer bislang wenig beachteten Arbeitergruppe für die sozialhistorische Forschung erschlossen zu haben. Vielmehr gelingt es, die Hüttenarbeiter des späten 19. Jahrhunderts als auch unter extrem restriktiven Bedingungen handlungsfähige und rational handelnde Subjekte darzustellen, die sich am Bereich des »Machbaren« zwischen Anpassung, Verarbeitung bzw. Kompensation von Belastungen und der Nutzung vorhandener Autonomiespielräume orientierten. Aus guten Gründen vermeiden Zumdick und Kosok, diese Handlungsfähigkeit pauschal mit Widerständigkeit gleichzusetzen.

Allerdings wird man eine konzeptionelle Verklammerung der vielen Einzelaspekte schmerzlich vermissen. Die verschiedenen Themen des Buches sind nur wenig aufeinander bezogen. Dadurch sind Wiederholungen häufig. Die Lohnfrage wird z. B. in drei verschiedenen Kapiteln angesprochen, ohne daß die Ergebnisse wirklich aufeinander verweisen. Die konsequente analytische Trennung der Handlungsebenen »Betrieb« und »außerbetriebliche Lebensverhältnisse« hätte hier eine überlegene Alternative sein können. Auf diese Weise hätte auch der Aspekt der sozialen Beziehungen zwischen den sozialen Gruppen stärker in den Vordergrund treten können. So aber bleiben beispielsweise die Meister und Ingenieure, die das soziale Klima der Industrie wesentlich mitprägten, blaß. Die mangelnde Verbindung der Teile ist m. E. auch für das chronologische Ungleichgewicht der

Analyse verantwortlich, die bei den Arbeitsprozessen vor allem die Jahrhundertmitte, bei Lohn und Fluktuation eher das späte 19. Jahrhundert betrachtet und Entwicklungen damit einzuebnen, zumindest aber auf lineare Trends zu verengen droht. Besonders augenfällig wird das Problem bei der mangelnden Abstimmung zwischen den Beiträgen Zumdicks und Kosoks, deren Zusammenführung zu einer gemeinsamen Interpretation sehr wohl möglich wäre, aber weder in Einleitung noch Zusammenfassung tatsächlich gelingt. Das Buch ist leider weniger als die Summe seiner Teile. Vor allem Kosoks Teil leidet unter einer nicht unbedingt glücklichen Publikationspolitik. Sie wird auf dem Einband des Buches nicht einmal als Mitautor erwähnt. Ungeachtet dieser Defizite aber besticht die Fülle an Detailergebnissen und die Breite sozialhistorischer Grundlagenarbeit, die diese Studie zu einem anregenden und weiterführenden Beitrag zur Arbeitergeschichte machen.

III

Am Beispiel von Fallstudien aus vier großindustriellen Branchen geht *Wolfgang Zollitsch* der Frage nach, auf welche Weise und wie weit die deutsche Industriearbeiterschaft nach der traumatischen Erfahrung der Weltwirtschaftskrise in das ökonomische und politische System des Nationalsozialismus integriert wurde. Diese Frage ist jedoch in eine breite, methodisch anspruchsvolle Forschungsperspektive eingebettet: Zollitsch skizziert die langfristigen Entwicklungstrends des industriellen Systems während der Weimarer Republik und die Wirkungen der Depression, um dann einerseits die Situation der beobachteten Branchen in den ersten Jahren des Dritten Reiches auf Kontinuitäten und Brüche hin zu untersuchen und andererseits die Veränderungen in den Arbeits- und industriellen Beziehungen zu analysieren, die sich im Weimarer Sozialstaats- und Gewerkschaftssystem herausgebildet hatten und nun unter den repressiven Einfluß der NS-Diktatur gerieten. Sein Interesse richtet sich damit in erster Linie auf die Erklärung des Funktionierens des industriellen Systems im Nationalsozialismus, das sich von der inneren Einstellung der Arbeiter zur politischen Führung nicht in dem Maße abhängig zeigte wie in der Forschungsdebatte um Anpassung, Resistenz und Widerstand oft vorausgesetzt wird. Es war jedoch, wie Zollitsch betont, davon abhängig, unter den Industriearbeitern einen hinreichenden Grad an Leistungsbereitschaft unter den Bedingungen fortexistierender industrieller Interessengegensätze und zunehmender strategischer Bedeutung qualifizierter Arbeiter in technisch fortgeschrittenen Produktionsprozessen zu sichern. Aus dieser Perspektive läßt sich die Konzentration der Studie auf die betriebliche Handlungsebene schlüssig begründen: Der Betrieb ist für Zollitsch der Ort, an dem sich Produktions- und Herrschaftsstrukturen überschneiden, an dem arbeits- und produktionsbezogene Probleme und soziale Interessenlagen sich in ganz konkreter Weise verbanden und Kooperation und Konflikt zu untrennbaren Aspekten der Arbeits- und Sozialbeziehungen machten. Zollitsch untersucht die wechselseitigen Beziehungen zwischen diesem betrieblichen Handlungsfeld im Prozeß technisch-organisatorischen Wandels und der organisatorisch-politischen Sphäre, in der sich die folgenreiche Zerstörung des Weimarer Institutionengefüges und seine Überformung durch die Strukturen der NS-Polykratie vollzog. Der typisierende Ansatz der Studie erklärt sich aus dem Versuch der Annäherung an die konkreten betrieblichen Konstellationen, für die sich die Vogelschau auf die Industriearbeiter in ihrer Gesamtheit als zu abstrakt erweist. Die Auswahl der Fälle berücksichtigt mit dem Ruhrbergbau und Krupp als (nicht unbedingt repräsentativem) Vertreter der Eisen- und Stahlindustrie ältere Branchen ebenso wie die Wachstumszweige der Elektro- (Siemens) und Chemieindustrie (IG Farben). Das Spektrum der Fallstudien ist also auf die rüstungsrelevanten Großindustrien begrenzt, deren Entwicklung nur mit Einschränkungen auf das gesamte produzierende Gewerbe zu übertragen ist, nichtsdestoweniger aber wichtige Trends in einem zentralen industriellen Sektor widerspiegelt.

Die unterschiedliche ökonomische Lage der Branchen in der Zwischenkriegszeit beeinflusste ihre Arbeiter- und Lohnpolitik entscheidend. Elektro- und Chemieindustrie waren in dieser Phase dynamische Wachstumssektoren, während sich die Stahlindustrie in den Teufelskreis von Rationalisierung und Aufbau von Überkapazitäten verstrickte und der Bergbau allmählich in technische und organisatorische Rückständigkeiten zurückfiel, die er durch Kartell- und Verbandstätigkeit politisch kompensierte, ohne damit seine Strukturprobleme zu lösen. Für alle beobachteten Branchen skizziert Zollitsch einen gerade durch die Rationalisierung beschleunigten Trend zur Spezialisierung und Höherqualifizierung der Arbeiterschaft und zur Ausdehnung und Formalisierung der Berufsausbildung (S. 41–71). Diese in der bisherigen Forschung oft geradezu entgegengesetzt interpretierte Entwicklung sieht er, zusammen mit produktionstechnisch und organisatorisch bedingten Veränderungen in der innerbetrieblichen Kooperation und Produktionsleitung, als Folge der pragmatischen und sukzessiven Anpassung an die Erfordernisse hochtechnisierter und komplexer Fertigungsabläufe, als zumindest in weiten Teilen von den Unternehmensleitungen nicht voll geplanten Prozeß. Während aber z. B. die Entwicklung zum flexiblen, theoretisch kompetenten Spezialarbeiter in der Stahlindustrie wesentlich früher eingesetzt hatte, förderte die dynamischere Chemieindustrie diesen Prozeß schneller und umfassender mit der Formalisierung von Ausbildungsgängen und mit der Anerkennung des Facharbeiterstatus von Chemiewerkern. Der Bergbau bezahlte eine verzögerte Reaktion auf diese Tendenzen mit dem Rückgang seiner Attraktivität vor allem für Berufsanfänger. Die Qualifizierungstendenzen setzten sich in den Jahren seit 1933 bruchlos fort und eine Reihe von Ausbildungsgängen wurde gerade in den späten 1930er Jahren institutionalisiert.

Ein ähnliches Bild zeichnet Zollitsch für die Lohnentwicklung (S. 72–107). Übertarifliche Leistungslöhne und Zulagen kennzeichneten – mit Ausnahme der unmittelbaren Krisenzeit – die Lohnpolitik in den Wachstumsindustrien, während die Stahlindustrie erst mit Beginn der Rüstungskonjunktur die akkorddrückenden Bedingungen gebremster Produktion überwinden konnte. Noch restriktiver war die Lohnpolitik des Bergbaus, zusammen mit der Stahlindustrie Wortführer im Kampf gegen die »politischen Löhne« der Weimarer Republik. Gegen die Borchardt-These argumentiert Zollitsch überzeugend, daß man in der deutschen Schwerindustrie »über die Löhne Fehlentwicklungen« zu korrigieren versuchte, »die von anderen Ursachen herrührten«, und die durch soziales Dumping bei fortbestehender Kartellstruktur und politischer Machtstellung geradezu zementiert wurden (S. 103). Nach Überwindung der Krise blieben die Industrielöhne lange Zeit unter dem Niveau der späten 1920er Jahre. Erst im Rüstungsboom schlug sich die zunehmende Konkurrenz um knappe qualifizierte Arbeitskräfte in der Anpassung der Lohnentwicklung an den Konjunkturverlauf nieder und führte dazu, daß staatliche Lohnkontrollen durch Zulagen und andere „Bindungslöhne« unterlaufen wurden.

An dem umfassenden »Funktionswandel der betrieblichen Sozialpolitik« zu einem stärker an »Leistungssteigerung, Belohnung und Betriebsbindung« unter Produktivitätsgesichtspunkten orientierten System hatten die »modernen« Branchen ebenfalls stärker teil als die traditionellen Leitsektoren, die Sozialpolitik im Konzept der »Betriebsgemeinschaft« vor allem als ideologische Waffe gegen das Gewerkschaftssystem instrumentalisieren. Nach 1933 fand das breiter gewordene Spektrum betrieblicher Sozialpolitik in den propagandaträchtigen Organisationen »Kraft und Freude« und »Schönheit der Arbeit« ihre überbetriebliche Fortsetzung und Ergänzung (S. 108–135).

Wie die Sozialpolitik, so reagierten auch Ansätze einer »sozialen Betriebsführung« (Goetz Briefs) auf basisnahe Veränderungen der Kooperation und Arbeitsorganisation in den Betrieben, die einerseits eine stärker sachbezogene Form der Zusammenarbeit und Personalführung erforderten, andererseits aber den Betrieb als Arbeitssystem nicht frei von industriellen Konflikten hielten, sondern geradezu zur sozialen Basis einer betriebsbezogenen Form der Interessenvertretung und Gewerkschaftsorientierung in den Reihen der

neuen, industriellen Facharbeiterschaft wurden. Diese Basisbewegung bedeutet jedoch keine lineare Stärkung der etablierten Gewerkschaften während der Weimarer Republik, sondern förderte eine in der Krise zunehmende Entfremdung, da den gewerkschaftlichen Institutionen die gebotene Überwindung ihrer »auffälligen Betriebsferne«, die Entwicklung eines effektiven Systems betrieblicher Interessenvertretung und koordinierender Unterstützung der Betriebsräte nicht einmal in Ansätzen gelang. Während die IG Farben und Siemens diese »neue« Betriebsorientierung systematisch förderten und erwogen, partiell auch die moderaten Zentralgewerkschaften in ein betriebszentriertes System »harmonisierter« industrieller Beziehungen einzubeziehen, war das Konzept der »Betriebsgemeinschaft« für die Schwerindustrie ein Instrument zur anachronistischen Rekonstruktion ihres autoritären Betriebsführungsstils und eine ideologische Alternative zum »klassenkämpferischen« Gewerkschaftssystem.

In der NS-»Betriebsgemeinschaft« nach 1933 gingen die basisbezogenen Ansätze betrieblicher Interessenvertretung, die nach Überwindung der Krise wieder erstarkten, die weitere Durchsetzung moderner Managementstrategien und die nach der Zerschlagung der Gewerkschaften gesetzlich verankerte, durch staatliche Repressionsandrohung quasi »verlängerte« »Herr-im-Hause«-Disziplinargewalt eine widersprüchliche Verbindung ein. Das als Interessenvertretungsinstrument höchst untaugliche Vertrauensmännersystem, die schnell entmachtete NSBO und die DAF gerieten unter erheblichen Basisdruck und artikulierten, wenn auch nur rudimentär, Belegschaftsinteressen in den engen Grenzen, in denen dies möglich war. Die Konflikthaftigkeit industrieller Beziehungen ließ sich weder durch Sozialleistungen harmonisieren noch völlig unterdrücken. Ohne die repressiven und totalitären Aspekte des NS-Systems zu unterschätzen kann Zollitsch zeigen, daß die »Aufspaltung des Klassenkonflikts in einen industriellen und einen politischen Bereich« (S. 158) gerade im Nationalsozialismus fortschritt. Im Grunde war es diese – in der betriebsorientierten Basisbewegung angelegte – forcierte Spaltung, die es erlaubte, industrielle Konflikte zu kanalisieren, während die Zerschlagung überbetrieblicher Organisationen der Arbeiterschaft die Frage der politischen Akzeptanz des Regimes weitgehend individualisierte und unter Sanktionsdrohung aus dem Konfliktbereich des Betriebs verdrängte. Die allenthalben zu beobachtende »Flucht ins Private« überlagerte verschiedenste Haltungen zum politischen System. Zusammen aber sicherten Interessenkanalisierung, partielles Nachgeben, Individualisierung und Unterdrückung die weit überwiegende funktionale Integration der Industriearbeiterschaft in das industrielle System und – vor allem unter den Bedingungen der Rüstungskonjunktur – auch ein gewisses Maß an faktischer Loyalität, das das NS-System stabilisieren half.

Trotz der knappen, kompakten Form der Darstellung überblickt Zollitsch mit seiner konsequent durchgehaltenen Typologie die industrielle Entwicklung der 1920er und 1930er Jahre in beeindruckender Breite und mit einem gerade für die Arbeitergeschichte der Weimarer Republik oft vermißten hohen Grad an sozialhistorischer »Tiefenschärfe«. So bietet die Studie nur wenige Ansatzpunkte für Kritik: Sicherlich kann man Zumdicks Ergebnisse anführen, um Zollitschs These vom Funktionswandel betrieblicher Sozialpolitik zu relativieren. Die »Wohlfahrtseinrichtungen« der Schwerindustrie waren zu jeder Zeit – unabhängig von ihrer Legitimation – in erster Linie Investitionen in die soziale Infrastruktur des industriellen Umfelds und eine indirekte Form unternehmerischer Arbeitsmarktpolitik. Diese älteren Formen betrieblicher Sozialpolitik verloren unter den veränderten ökonomischen Bedingungen der Zwischenkriegszeit und im staatlich abgesicherten Gewerkschaftssystem einen Teil ihrer Funktionen. Aber mit dem Gegensatz »sozialfürsorgisch-patriarchalischer« und »ökonomisch-funktioneller« Sozialpolitik werden die langfristigen Kontinuitäten und die grundsätzlichen Ähnlichkeiten zwischen den Branchen unterbewertet, während das eigentlich Neue, der Versuch der Unternehmensleitungen, über die Arbeits- und Produktionsorganisation überhaupt erst Transparenz zu gewinnen, die

Kompetenzsteigerung und der Ausbau der Sozialpolitischen Abteilungen und Büros für Arbeiterangelegenheiten, ihr Ausgreifen auf betriebswirtschaftliche und arbeitsorganisatorische Fragen, das die bisherige Autonomie der einzelnen Betriebsleitungen, Ingenieure und Meister bedrohte, zu undifferenziert bleibt. Zollitschs Analyse der Betriebsratswahlen in der Weltwirtschaftskrise fehlt zudem die langfristige Perspektive. Hier wäre eine flächendeckende Rekonstruktion über die gesamten 1920er Jahre wünschenswert gewesen, die die schon früh entwickelten Muster betriebsorientierter Interessenvertretung, das von Beginn an spannungsvolle Verhältnis zwischen Basisbewegung, Betriebsräten und Gewerkschaften und das Wechselspiel von radikaler Opposition, Stärkung der Zentralgewerkschaften trotz weltanschaulicher Richtungsspaltung und schließlich paralyisierender Polarisierung als ohnmächtigem Ausdruck des Protests in ihren stark von lokalen Faktoren geprägten Konstellationen hätte verdeutlichen können.

Zollitschs Studie ist ein wertvoller Beitrag sowohl zur Geschichte des Nationalsozialismus als auch zur Arbeitergeschichte des 20. Jahrhunderts: Sie zeigt einerseits die partielle Integration der Industriearbeiterschaft in das NS-System als Effekt eines längerfristigen Integrationsprozesses der Arbeiterschaft in ein sich wandelndes industrielles System, während Wirtschaftskrise und Rüstungsboom gegenläufigen Tendenzen einer sozial defensiven Verengung dieses Prozesses vor dem, aber vor allem im Nationalsozialismus zunächst zur Durchsetzung verhalfen und sie dann ein Stück weit kompensieren und auszuhebeln halfen. Andererseits arbeitet Zollitsch die betriebsbezogene Basisbewegung requalifizierter Belegschaften als allgemeines Charakteristikum und Steuerungsproblem technisch fortgeschrittener Großbetriebe heraus, die unter unterschiedlichen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen stark variierende institutionelle Ausdrucksformen annehmen und für Arbeiterschaft und Unternehmen ebenso verschiedene Konsequenzen haben konnte. Man kann aus Zollitschs Argumentation die provokante und anregende These ableiten, daß Syndikalismus und reaktionäre Vorstellungen von der »Betriebsgemeinschaft« nur die Extreme eines ganzen Spektrums von Formen dieses Prozesses, von Reaktionen auf seine Ausprägungen waren und daß auch die Verbindung starker industrieweiter Einheitsverbände mit einem effektiven System der Betriebsvertretung als Rückgrat der industriellen Beziehungen nach 1945 in der Kontinuität dieser Entwicklung zu sehen ist.

IV

Stefan Gochs umfangreiche Studie über die »Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet« stellt in vielerlei Hinsicht ein Gegengewicht zu den neueren Ansätzen in der Arbeitergeschichte dar, denen die drei ersten Werke mehr oder minder explizit verpflichtet sind. Das bedeutet nicht, daß Goch eine trockene, antiquierte Organisationsgeschichte im Sinn gehabt hätte. Vielmehr geht es ihm um eine echte methodische Alternative bei dem Versuch, Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte zu verknüpfen. Ausführlich begründet er in einem systematischen Eingangskapitel (S. 15–41) einen Zugriff auf die Arbeitergeschichte des Ruhrgebiets, der eine solche Verknüpfung von der Ebene der *Arbeiterbewegung* aus mit Hilfe eines präzisierten *Kulturkonzepts* leisten soll (S. 16–27). Anders als Neufeld, Zumdick, Kosok und Zollitsch leuchtet Goch also von den Institutionen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ausgehend in die unübersichtlichen Zwischenräume hinein, die Basis und Organisation gleichermaßen aneinander binden und voneinander trennen. In der regionalen Eingrenzung auf das Ruhrgebiet – genauer gesagt: den 1928 eingemeindeten Gelsenkirchener Stadtteil Buer – und in der extremen Langzeitperspektive, die die 127 Jahre zwischen 1848 und 1975 umfaßt, kann die Studie zu einem anregenden Testfall dafür werden, ob sich nicht auch aus der Organisationsperspektive unter Einbeziehung methodisch anspruchsvoller Konzepte die Deutungskraft einer modernen Arbeitergeschichte beträchtlich erhöhen kann.

Gochs Ziel ist es, die späte, dann aber um so tiefgreifendere »Sozialdemokratisierung« der Region an Rhein und Ruhr als historischen Prozeß und in ihrer besonderen Form darzustellen und zu erklären. Daneben bieten die letzten Kapitel, die die Entwicklung der Sozialdemokratie in Buer bis 1975 nachzeichnen, eine Skizze neuerer Trends, die das typische Beziehungsgefüge zwischen Parteien, anderen Institutionen der Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften und den Primärgruppen innerhalb und außerhalb der Betriebe, das im Zuge dieser »Sozialdemokratisierung« entstanden war, zu verändern scheinen und so auch die scheinbar feste soziale Verankerung der Partei in der Region langfristig bedrohen. Diese Fragestellung richtet das Augenmerk der Analyse auf eine von der traditionellen Arbeitergeschichte oft vernachlässigte und von den typisierenden, basisbezogenen Ansätzen in umgekehrter Perspektive beleuchtete Dimension: die Beziehung zwischen Basis und Organisation und die Integrationsmechanismen politischer Bewegungen, die komplexe, wenn auch nicht zwingend divergierende, Interessenanlagen, Identitäten und Deutungsmuster bündeln müssen, um politisch durchsetzungs- und mehrheitsfähig zu werden.

Zu diesem Zweck umreißt Goch ein theoretisches Konzept von »Arbeiterkultur«, das »die Frage nach der historischen Entwicklung der Fähigkeit der sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens« beantworten helfen soll, »die konkreten Erfahrungen des Arbeiterlebens aufzugreifen, kollektive Deutungsmuster und Vorstellungen über diese Realität zu entwickeln, daraus Wertvorstellungen, Verhaltensnormen und Zukunftsperspektiven abzuleiten und dies in zielgerichtete und realitätsgerechte Politik umzusetzen, wobei die Verbindungselemente zwischen Arbeiterleben und Arbeiterbewegung als kulturell bezeichnet werden« (S. 34). Wie die Debatte um den Begriff der »Arbeiterkultur« gezeigt hat, ist die pauschale Definition von »Kultur« als »Kitt« zwischen Arbeitern und Bewegung ganz und gar nicht unproblematisch, und Gochs Versuch einer Präzisierung des Konzeptes weist keinen gangbaren Weg aus vielen seiner bereits hinlänglich bekannten Dilemmata: Schließlich sind einerseits die Übergänge zwischen den Handlungsfeldern etwa des Betriebs oder außerbetrieblicher Lebenswelten und der organisatorischen Sphäre nicht notwendig *nur* kulturell, sondern außerdem stets auch institutionell und kommunikativ vermittelt. Andererseits ist »Kultur« als Ensemble von Symbolen und überindividuellen Sinninhalten äußerst komplex – so komplex, daß in der bisherigen Debatte allein schon das Arbeiterspezifische an Arbeiterkultur nicht leicht zu bestimmen und kaum abzugrenzen war. Vor allem der Zusammenhang verschiedenster Symbol- und Sinnmuster, die in den Betrieben, in Wohnvierteln, Familien und Vereinen entstanden, und der Arbeiterbewegung ist als linearer Konnex sicherlich nicht angemessen zu begreifen. So aber lassen sich Gochs konzeptionelle Passagen über weite Strecken lesen: »Kultur« erscheint dort als Mechanismus der Verarbeitung von klassenspezifischen Erfahrungen, der Werte produziert – Wertsysteme und Deutungsmuster, die gleichermaßen die Integrationsfähigkeit von Arbeiterbewegungen bestimmen und das politische Verhalten von Arbeitern erklären sollen.

Gochs Ansatz teilt so eine Reihe von Defiziten anderer Spielarten der Arbeiterkulturforschung: Indem er »Kultur« als langfristig stabile, »sinnhafte« und »tradierbare« Elemente einer »Lebensweise« (also wohl eher: reflexive im Gegensatz zu routinisierten Formen der Handlungssteuerung) definiert, muß er konzedieren, daß nicht alle diese Elemente direkt *handlungsleitend*, nicht zwingend *politisch* handlungsleitend und selbst wenn, dann auch nicht notwendig in eine sozialdemokratische Bewegung integrierbar waren, zumal die Partei nicht auf ein Ensemble von Werten zu reduzieren ist und politisches Handeln nicht auf die Summe individueller Handlungen ihrer Mitglieder. Fast zwangsläufig folgt eine Operationalisierung des Arbeiterkulturbegriffes, die diesen einengt auf diejenigen »kulturellen Phänomene«, die »in einem mindestens mittelbaren Zusammenhang zum politischen System stehen und zu Organisation und politischem Handeln führen« (S. 23). Da auch diese nicht trennscharf abzugrenzen sind, droht eine Reduktion von Arbeiterkultur auf offen der politischen Bewegung zurechenbare Phänomene: mithin die Arbeiterbewegungskultur, die

doch selbst eigentlich das Explanandum der Analyse sein sollte, da sie ebenso durch die Beziehungen zwischen Basis und Organisation herausgebildet und geprägt wurde wie sie auf diese zurückwirkte. Mit dem m. E. wenig stichhaltigen Argument, daß sich z. B. mit dem Konzept des »Milieus« klassenspezifische Linien nicht erfassen lassen, verzichtet Goch aus kaum nachvollziehbaren Gründen auf einen möglichen begrifflichen Ausweg aus diesem offensichtlichen Dilemma.

Die Konsequenzen seines auf diese Weise einerseits zu engen, andererseits zu wenig greifigen Konzeptes prägen Gochs Studie auf eine überaus unvorteilhafte Art. Letztlich zerfallen alle Kapitel, die die Entwicklung der Gelsenkirchener Sozialdemokratie und ihrer kulturellen Institutionen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs auf nicht weniger als 374 Seiten nachzeichnen, in jeweils zwei wenig verbundene Teile: eine eher grobe Skizze der regionalen industriellen Entwicklung und eine sehr detaillierte Beschreibung der sozialdemokratischen Organisationen, die trotz aller Bekenntnisse zu einem kulturgeschichtlichen Ansatz doch eigentlich vor allem eine deskriptive Organisationsgeschichte ist. Eine analytische Verknüpfung dieser Teile gelingt nur selten, und so schlägt auch die Erklärung der frappierenden Tatsache weitgehend fehl, daß die Sozialdemokratie zwar wie in ihren Hochburgen etwa in Nürnberg, Hamburg oder Berlin ein ausdifferenziertes System kultureller Institutionen herausbilden konnte, daß dieses Milieu jedoch ebenso wie die Partei als politische Kraft im Ruhrgebiet lange Zeit eigentümlich wenig attraktiv und integrationsfähig war. Goch zieht sich in seinen Erklärungsansätzen vielmehr auf Positionen zurück, die die Schwäche der SPD an der Ruhr auf die Gegenmacht von Industrie und Behörden, auf die Konkurrenz des katholischen Milieus und auf die Struktur der schwerindustriellen Arbeiterschaft zurückführen – traditionelle Positionen, die im Lichte neuerer sozialhistorischer Forschungen zur Berg- und Stahlarbeiterschaft so nicht mehr haltbar sind, zu deren Differenzierung und Revision aber gerade eine solche Studie hätte beitragen können. Eine tiefere Analyse dieser vororganisatorischen Beziehungsmuster und Milieus in ihren regionalen Konstellationen – etwa auf der Grundlage regionalen Quellenmaterials – unterbleibt, obwohl diese Sektionen notgedrungen eine größere Erklärungslast tragen als die Darstellung und Analyse der sozialdemokratischen Arbeiterkultur, auf der eindeutig das empirische Gewicht der Studie liegt. Damit aber gelingt es Goch für die Zeit bis 1945 nicht, die für eine angemessene Interpretation zentrale Nahtstelle zwischen der breiten, komplexen Arbeiterbasis an der Ruhr und der schmalen, wenig integrationsfähigen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu beleuchten: Hier klappt eine Lücke, die auch der diffuse Kulturbegriff nicht schließen kann.

In Gochs Konzept scheinen trotz aller Vorsicht Erwartungen an eine historisch notwendige, quasi nachholende Entwicklung der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet mit, die sie der Struktur des parteinahen Milieus in zeitgenössischen sozialdemokratischen Hochburgen ähnlicher gemacht hätte. Damit aber wird eine Erklärung der mangelnden Attraktivität der Partei gerade in den 1920er Jahren und auch der parteipolitischen Spaltung in der Arbeiterschaft der Weimarer Republik schwierig. Ebenso bleiben Hinweise darauf, daß die SPD und die Freien Gewerkschaften in dieser Zeit nicht unbedingt ein optimales Organisationsangebot für die spezifisch geprägten Arbeitermilieus an der Ruhr darstellten, leider viel zu sehr am Rande (vgl. z. B. S. 116, 169, 230–86). Gleichzeitig nimmt eine solche, von Determinismus nicht ganz freie Konzeption die Analyse von Transformationsmechanismen zwischen handelndem Subjekt und überindividueller Struktur quasi definatorisch vorweg, die doch im Mittelpunkt einer Studie über die politische Bindungs- und Integrationsfähigkeit von Arbeiter- und Arbeiterbewegungskultur stehen sollte. Die gewiß nicht unproblematische Rekonstruktion solcher subjektiven Verarbeitungsformen und Handlungsorientierungen unterbleibt nicht nur für die Arbeitergruppe, die der Partei in verschiedener Hinsicht fernbleiben; trotz Auswertung einer Reihe von Oral-History-Interviews mit Veteranen der lokalen Arbeiterbewegung findet diese Perspektive auch für den kleinen Kern des

sozialdemokratischen Lagers eine viel zu begrenzte Anwendung, was nicht nur auf die von Goch zurecht betonte methodische Vorsicht gegenüber den Defiziten dieses Quellentyps zurückzuführen ist (vgl. S. 40 f.).

So liegt die besondere Leistung des Buches in der anregenden und weiterführenden Interpretation der Gelsenkirchener Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit. Erst für diese Entwicklungsphase wächst der Gegenstand quasi in das durchgängige Erklärungsmuster der Analyse hinein. Goch gelingt es durchaus, die soziale Grundlage der späten und tiefgreifenden »Sozialdemokratisierung« des Ruhrreviers zu identifizieren: Die Ruhrgebiets-SPD verdankte ihren Aufstieg zur dominanten politischen Kraft an Rhein und Ruhr der Durchsetzung der Einheitsgewerkschaft und des korporatistischen Systems industrieller Beziehungen in der Schwerindustrie, das seine charakteristische Form in der Montanmitbestimmung fand. Die SPD etablierte sich als Anwalt einer »an begrenzter institutionalisierter Mitbestimmung und Verteilungsgerechtigkeit orientierte(n) Politik im Geflecht der montanindustriellen Strukturen«, die der Arbeiterschaft »die mittelfristige Perspektive auskömmlichen Lebens zu bieten vermochte«. Träger dieses schwerindustriellen sozialdemokratischen Politikmodells wurden die Betriebsräte, Vertrauensleute und andere basisnahe gewerkschaftliche Funktionäre, die als »power brokers« informelle betriebliche Solidaritätsstrukturen, Interessenvertretungsorgane und Kanäle der politischen Einflußnahme und Klientelvertretung verknüpften und ihr Netzwerk umgehend auf Kommunalpolitik und Verwaltung ausdehnten: »Am Ende großer Neuordnungshoffnungen verkörperte der sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Multifunktionär im kleinräumigen Bereich von Betrieb und Stadtteil in einem sozialdemokratischen Politikmodell basisnaher Stellvertretung die nun als allein sinnvoll akzeptierte Perspektive einer Reformpolitik der kleinen Schritte« (S. 539).

Vor dem Hintergrund der anderen, von der vororganisatorischen und vorpolitischen Basis her argumentierenden Studien wird deutlich, daß ein organisationshistorischer Ansatz durchaus originelle und wertvolle Einsichten vermitteln kann, wenn er sich nur so weit gegenüber außerpolitischen Handlungsfeldern öffnet, daß seine Konzentration auf institutionelle Aspekte mehr als gegenstandsbezogene, perspektivische Form der Arbeitsteilung erscheint denn als alternativer Zugang zu demselben Explanandum. So wird bei Neufeld deutlicher als bei Goch, daß sich sozialdemokratische Milieus auf höchst unterschiedliche Weise konstituierten. Aber auch aus Gochs Interpretation ließe sich ohne weiteres herauslesen, daß die »schwerindustrielle« Sozialdemokratie des Ruhrgebiets eine andere war – und ist – als sie die lebensweltlich gefestigten Parteimilieus in Berlin oder Nürnberg lange Jahrzehnte repräsentierten. Bei Zollitsch läßt sich die Umstrukturierung der innerbetrieblichen sozialen Beziehungen im Bergbau und vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie bis in die 1920er Jahre zurückverfolgen und auch weitgehend erklären – der Basisprozeß, der in langen Auseinandersetzungen der Basis um ein adäquates System betrieblicher Interessenvertretung erst die Institutionen hervorgebracht hat, deren Funktionsträger Goch als dominierenden sozialdemokratischen Politikertypus in der Nachkriegszeit skizziert und der bei ihm fast ein wenig wie ein *deus ex machina* auftaucht. Aber letztlich leistet Goch mit seiner Darstellung einen wertvollen Beitrag zum Verständnis der Ruhrgebiets-SPD, ihrer unübersehbaren Leistungen, ihrer Grenzen und ihres Konservatismus, der im Prozeß ökonomischen Strukturwandels zuweilen hilflos und filzig wirkt, indem er die betriebsnahe und in monostrukturierten Kommunen verwurzelte Organisation der Partei herausarbeitet, die auch ihren Politikstil und ihre politischen Positionen geprägt hat. So gründet die bei allen Vorzügen der Studie an dieser Stelle in den Vordergrund gerückte Skepsis weniger auf einem Zweifel an der prinzipiellen Erweiterungsfähigkeit einer organisationsbezogenen Analyse als vielmehr auf dem Eindruck, daß Gochs konkreter Vorschlag einer kulturgeschichtlichen Verbreiterung der Organisationsgeschichte weniger deren traditionelle Verengungen aufhebt als neue Verengungen produziert. Dagegen wäre eine komplemen-

täre Ausrichtung dieser Ansätze auf eine breite, gesellschaftsgeschichtlich orientierte Arbeiterhistorie ebenso wünschenswert wie die Wiederaufnahme einer systematischen theoretischen Debatte, die den Weg zu einer modernen Arbeitergeschichte in den 1990er Jahren weisen könnte.